

Neue Wahlkreise als beste Lösung

Die Vergrößerung der Wahlkreise für den Grossen Rat führt nicht zwingend zu einer schlechteren Vertretung peripherer Gebiete. Keine Gefahr bestünde für die Sprachminderheiten, wie die Analyse eines Politikwissenschaftlers zeigt.

Von Peter Simmen

Zürich/Chur. – Die peripheren Gebiete wären die grossen Verlierer einer Verkleinerung des Grossen Rates um einen Drittel der Sitze. Diese Meinung ist im Vorfeld der Abstimmung vom 24. Februar zur Volksinitiative «Grosser Rat: 80 sind genug» häufig zu hören, namentlich von Vertretern kleiner Kreise wie Avers, Safien, Calanca oder Rheinwald.

Daniel Bochsler, Politologe an den Universitäten Zürich und Genf und Spezialist für Parlamente und Wahlsysteme, kann diese Bedenken nicht teilen, er kommt nach einer Analyse der Bündner Verhältnisse zu anderen Erkenntnissen. Eine Verkleinerung des Grossen Rates würde nicht zwingend einen Wechsel in der Wahlkreiseinteilung verlangen, aber eine Neu-einteilung wäre wohl die beste Lösung, meint Bochsler. Ansonsten entstünden grosse Ungleichheiten bei der Stimmkraft der Wähler und – im Falle eines Proporzsystems – auch mögliche Verzerrungen (siehe Artikel unten). Gemäss Bochsler stehen zwei Reformmöglichkeiten im Vordergrund, die beide geeignet wären, viele Probleme zu lösen:

- Die kleinsten der Kreise werden mit einem Nachbarkreis zu einem gemeinsamen Wahlkreis zusammengefasst.
- Statt der 39 Kreise bilden die elf Bezirke die Wahlkreise.

Nicht nur Peripherie verliert

Im Urteil Bochslers würden die peripheren Gebiete bei einem Systemwechsel nach genanntem Muster politisch nicht an Gewicht verlieren. Das Gewicht der einzelnen Vertreter aus diesen Regionen sei bereits heute recht gering. Und es gelte zu bedenken, dass bei einer Verkleinerung des Parlaments auch die grossen Kreise Mandate abgeben müssten. Die Vertreter aus dem ganzen Churer Rheintal etwa würden weiterhin nur eine Minderheit ausmachen. Auch Erfah-

rungen aus anderen Kantonen zeigen, dass Parlamentsverkleinerungen und grössere Wahlkreise nicht unbedingt Sitzverluste in peripheren Regionen zur Folge hätten. In den letzten Jahren sei in neun Kantonen eine Verkleinerung vollzogen worden oder stehe noch bevor, so Bochsler.

In Bern behaupten sich Regionen

Als besonders interessantes Beispiel nennt Bochsler den Kanton Bern, wo die Wahlkreise massiv vergrössert wurden. Namentlich abgelegene Gebiete im Berner Oberland hätten vor der Reform Befürchtungen über einen Aderlass geäussert. Die ersten Wahlen in den vergrösserten Wahlkreisen hätten aber gegenteilige Ergebnisse gezeigt: Kandidaten aus

Randregionen seien besonders gut gewählt worden und hätten ihren Sitzanteil eher noch ausbauen können.

Als Hauptgründe dafür nennt Bochsler das Verhalten der Parteien und der Wähler. Die auf das Thema sensibilisierten Parteien hätten ihre Listen so gestaltet, dass entsprechende Kandidaturen gute Chancen gehabt hätten. Und die Wähler in peripheren Gebieten seien darauf bedacht, Kandidierende aus der Region auf dem Wahlzettel durch Kumulieren und Panaschieren besonders zu unterstützen. Dies schaffe Kandidierenden aus Randregionen einen substanziellen Startvorteil. Die Randregionen könnten so aus eigener Kraft auch in grösseren Wahlkreisen Stärke zeigen. Dieses Argument werde auch von den

Initianten in Graubünden angeführt, so Bochsler. Eine Garantie, dass Kleinstkreise wie Safien und Avers im Rat vertreten blieben, sei das nicht. Generell könne aber eine Vergrößerung von Wahlkreisen nicht mit dem Verlust von regionaler Vertretung gleichgesetzt werden.

Sprachminderheiten ungefährdet

Ein besonders sensibler Bereich sei im Bündner Kontext die Vertretung der verschiedenen Sprachgruppen, hält Bochsler fest. Auch dieser Aspekt werde teilweise mit der Wahlkreiseinteilung verbunden – zu Recht: Kleine Minderheiten dürften nicht auf mehrere kleine Wahlkreise aufgesplittet werden. Sonst drohe die Gefahr, dass sie in jedem Wahlkreis politisch be-

deutungslos blieben und kaum gewählt würden. Diese Überlegungen machten deutlich, dass für die rätoromanische Sprachgruppe keine Gefahr bestehe.

Die Rätoromanen seien bereits heute auf einige Kreise konzentriert, in denen sie durchaus von Bedeutung seien. Der Wechsel zu einer Wahl nach Bezirken würde daran nichts ändern: In den Bezirken Inn und Surselva seien die Rätoromanen in der Mehrheit, im Bezirk Albula stellten sie immerhin einen Viertel der Bevölkerung. Eine Wahlkreisvergrößerung bringe also keine Gefahr für die rätoromanische Vertretung, so Bochsler. Ähnliches gelte für die italienische Sprachgruppe, die in den Bezirken Moesa und Bernina dominant sei.



Entwarnung: Die Folgen der Initiative zur Verkleinerung des Parlaments würden vor allem im Grossratsaal sichtbar und weniger in den Regionen. Bild Nadja Simmen

LEUTE

In diesen Tagen gibt es bei der Graubündner Kantonalbank gleich zwölf Arbeitsjubiläen zu feiern. Seit stolzen 30 Jahren hält Ursula Waespi Dörig dem Unternehmen schon die Treue. Auf 25 Dienstjahre kann Charlotte Holzer zurückblicken. Auf ihr 20-Jahr-Jubiläum dürfen Franziska Hellmann-Brotzer, Martin Zurburg und Anna Maria Abutillo anstossen. Vor 15 Jahren sind Corina Weber-Kehrli und Elsbeth Fuchs dem Team beigetreten. Ihr 10-Jahr-Jubiläum feiern Nicole Molenaar-Jaccoud, Brigitte Plump, Silvia Hendry, Vera Cramer und Esther Jörg.

Marko Bartulovic ist neuer Geschäftsführer der Coop-Verkaufsstelle in Filisur. Erfahrungen für seine neue Stelle konnte er in der Stellvertreterfunktion sowohl in der Coop-Filiale Churwalden als auch Flims sammeln.

In diesen Tagen begehen gleich vier Mitarbeiter der Rätia Energie ein Arbeitsjubiläum. Bereits auf 25 Jahre im Betrieb blickt Jakob Dönz aus Pany zurück. Auch Marco Murbach aus Silvaplana darf auf sein 25-Jahr-Jubiläum anstossen. Ebenfalls vor 25 Jahren stiess Camillo Branchi aus Brusio zum Team. Olinto Cramer aus Brusio kann sein 20-Jahr-Jubiläum feiern.

Majorz wäre ebenso möglich wie Proporz

Bei einer Verkleinerung des Grossen Rates auf 80 Mitglieder sind das Majorz- wie auch das Proporzverfahren möglich. Aber auch Mischformen.

Von Peter Simmen

Chur. – Die Diskussion über die Verkleinerung des Grossen Rates könne nicht losgelöst von der Frage nach dem richtigen Wahlsystem geführt werden, meint Politikwissenschaftler Daniel Bochsler. Die Initiative «Grosser Rat: 80 sind genug» gebe zwar keine Lösung vor, de facto aber schaffe sie Handlungsbedarf. Und das sei von den Initianten nicht unbeabsichtigt.

Auch bei 80 Parlamentssitzen wäre es weiterhin möglich, jedem der 39 Kreise einen Sitz zu garantieren, meint Bochsler. Damit aber würden die Ungleichheiten unter den Bündner Wählern weiter wachsen. Am deutlichsten sichtbar werde dies bei Kleinstkreisen wie Avers oder Safien, die gerade mal ein oder zwei Promille der Bevölkerung zählten, aber trotzdem ständig im Rat vertreten seien. Die Stimme eines Aversers habe bei Grossratswahlen bereits heute etwa siebenmal mehr Gewicht als die anderer Bündner. Würde in einem

verkleinerten Parlament an der Sitzgarantie festgehalten, würde sich das Ungleichgewicht auf beinahe 1:12 vergrössern. Dabei stelle sich natürlich die Frage, ob ein solches Ungleichgewicht noch vertretbar wäre.

Proporz verlangt mehrere Sitze

Die Vertretung der einzelnen Kreise sei auch mit verschiedenen Varianten von Proporzwahlsystemen unter einen Hut zu bringen, meint Bochsler, doch nicht ganz ohne Kosten: Ein echtes Proporzsystem bedinge, dass pro Wahlkreis mehrere Sitze zu vergeben seien. Entweder müssten die kleineren Kreise beim Majorz bleiben. Oder dann müsste ein spezielles Proporzwahlsystem gewählt werden, das den Weiterbestand von 39 Wahlkreisen garantiere und trotzdem einen kantonsweiten Ausgleich von Stimmen und Sitzen ermögliche.

Verschiedene Wahlmodelle für einen auf 80 Mitglieder verkleinerten Rat im Überblick:

- Bisheriges Majorzwahlsystem: Die Übervertretung der peripheren Gebiete und der bürgerlichen Parteien wird noch deutlicher. Es entsteht daher zusätzlicher Druck für einen Wechsel zum Proporz.
- Nationalratsproporz: In den grösseren Kreisen (mindestens zwei Sitze)

kann nach Proporz gewählt werden, in den kleineren Kreisen (ein Sitz) nach dem bisherigen Majorz. Auch bei Nationalratswahlen wählen die sechs kleinsten Kantone nach Majorz. Dies schafft aber neue Ungleichheiten unter den Wählern und dürfte vor Bundesgericht vermutlich nicht standhalten.

■ Gemischtes Wahlsystem nach deutschem Vorbild: Über ein solches Wahlsystem wurde bereits einmal abgestimmt. Demnach erhält jeder der 39 Kreise einen direkten Sitz, allenfalls könnten den grössten Kreisen auch zwei direkte Sitze zugestanden werden. Für die übrigen (je nach Re-

■ Zürcher Wahlsystem: Die Sitze können weiterhin in den bisherigen Kreisen vergeben werden, aber ein kantonsweiter Ausgleich sorgt dafür, dass jede Partei entsprechend ihrem kantonsweiten Stimmengewicht vertreten ist. Das neuartige System wurde 2006 in Stadt und Kanton Zürich eingeführt; am 24. Februar stimmen Aargau und Schaffhausen ebenfalls über den Wechsel ab. Heute ist aber noch nicht klar, ob ein solches Verfahren bei einer grossen Zahl von Kreisen mit nur einem einzigen Sitz überhaupt anwendbar ist.

In einem solchen Fall kann es in Einzelfällen dazu kommen, dass nicht die stimmenstärkste Kandidatur in einem Wahlkreis, sondern die zweitstärkste Kandidatur gewählt wird, denn nur so kann jeder Partei die ihr nach Gesamtstimmen zustehende Sitzzahl garantiert werden.

Grössere Kreise als Alternative

Als Alternative bietet sich ein radikales Abstreifen bei der Anzahl Wahlkreise an, meint Bochsler. Am nahe liegendsten wäre es, neu in den elf Bezirken statt in den 39 Kreisen zu wählen, und das entweder nach Nationalratsproporz oder nach dem neuen Zürcher Wahlsystem (siehe Bericht oben).

Abstimmung 24. Feb.
Initiative
«80 sind genug»
Weitere Infos: www.suedostschweiz.ch/dossier

gelung maximal 41) Mandate werden kantonsweit die Stimmen zusammengezählt und die Sitze kantonsweit vergeben. Der Nachteil dieses Systems besteht darin, dass die grössten Kreise extrem stark untervertreten wären, da jedem Kreis nur ein, allenfalls zwei Kreismandate zustehen.